
EJJP Jahresversammlung 2005

Abschlussklärung

**Weigere Dich, die israelische Besatzung zu unterstützen!
In Verteidigung des Völkerrechts und von Menschenrechten:
Boycott, Investitionsstopp und Sanktionen gegen die Israelische Besatzung.**

Bei ihrem Treffen in London im September 2005 beschloss die EJJP Föderation, ihre Amsterdamer Erklärung zu den Zielen der Organisation um die folgenden Sätze zu ergänzen:

1. EJJP unterstützt alle gewaltlosen Aktionen, die darauf zielen, der Besatzung der palästinensischen Gebiete und dem Bruch des internationalen Rechts durch Israel ein Ende zu setzen.
2. EJJP ruft alle Staaten auf, sicherzustellen, dass ihre Beziehung zu Israel dem Völkerecht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Rechnung trägt.

Seit 38 Jahren finden – in eindeutigem Verstoß gegen das Völkerrecht – in den besetzten palästinensischen Gebieten massiver Raub von Wasser und Land, Straßensperren, extralegale gezielte Tötungen, Abriegelungen, Ausgangssperren sowie Kollektivstrafen statt. Unterdrückung, Ausgrenzung, Demütigungen, Hauszerstörungen sowie die Errichtung der Annexionsmauer in der Westbank und im Gazastreifen bestimmen das tägliche Leben der palästinensischen Bevölkerung unter der Besatzung.

Bedauerlicherweise muss festgestellt werden, dass auch der einseitige "Rückzug" aus Gaza der israelischen Regierung als Deckmantel dient, die Besatzung der Westbank zu konsolidieren und weitere große Teile palästinensischer Gebiete zu annektieren. In den vielen Jahren der Besatzung, sah sich die israelische Regierung fortwährend dazu befugt, das Völkerrecht, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie die Vierte Genfer Konvention zu verletzen und sogar gegen die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs zu verstoßen.

All dies geschah mit stillschweigender Billigung der internationalen Gemeinschaft.

Die Vereinten Nationen und die Internationale Gemeinschaft als Ganzes haben es bisher versäumt, den genannten Verstößen Israels gegen das Völkerrecht mit wirksamen Sanktionen zu begegnen. Europaweite Bürgeraktionen sind daher gefordert, um das Lavieren der Regierungen auf doppeltem Boden und die fortlaufenden Zugeständnisse an Israel zu beenden.

Die Jahresversammlung der EJJP 2005 erinnert daran, dass die Einhaltung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen Israel und dem künftigen palästinensischen Staat gebietet. Alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich durch die Annahme der Charta verpflichtet, gemäß Art. 2 zu handeln. Sofern das internationale Rechtssystem aufrechterhalten werden und seine Autorität und Bedeutung für die internationale Gemeinschaft Bestand haben soll, muss Israel gezwungen werden, die Okkupation zu beenden.

Israel – ein starker Staat, der das Land eines anderen Volkes besetzt hält – ist ein gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das auf der Basis der anerkannten Völkerrechtsstandards wie alle anderen Staaten für seine Politik und seine Handlungen zur Verantwortung gezogen werden

muss. Jeder andere Zugang und vor allem ein solcher, der den Staat Israel ohne jede Rechtfertigung als besonderen Fall unter allen übrigen Nationen auszeichnet, muss als diskriminierend zurückgewiesen werden.

Aus all diesen Gründen ist die israelische Besatzung der palästinensischen Territorien nach unserem Verständnis, eine internationale Angelegenheit.

Wir haben alle ein Interesse daran, sie zu beenden.

Wir sind nicht länger gewillt, die Blindheit der so genannten Supermächte, die Trägheit der Vereinten Nationen, die Apathie des "Quartetts" und schließlich auch die Gleichgültigkeit der Nationen des Nahen - und Mittleren Ostens hinzunehmen.

Wir sind nicht länger gewillt, zu schweigen, wenn die Besatzungsmacht Israel sich anmaßt, für "die Juden der Welt" zu sprechen und vorgibt, ihre Politik im Namen unserer Vorfahren, die dem Nazi-Genozid zum Opfer fielen oder aber im Interesse aller gegenwärtig von Antisemitismus und Rassismus Betroffenen zu betreiben.

Wir sind nicht länger gewillt, passive Zeugen eines Kurses zu sein, der schon längst zu viele Tote und Verletzte, unsägliche Zerstörungen und ständiges Leid verursacht hat.

Als Bürgerinnen und Bürger Europas berufen wir uns auf die allgemein anerkannten Menschenrechte, die für die politische Basis konstitutiv sind, auf der die europäische Zivilgesellschaft beruht. Deshalb teilen wir die Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit gemeinsam mit unseren Freunden und Schwesterorganisationen in Israel und Palästina sowie in allen Ländern der internationalen Gemeinschaft.

Wir sind entschlossen, Widerstand gegen die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete, d.h. gegen jenen hasserfüllten und feindseligen Politikkurs zu leisten, der für beide Völker, sowohl für das palästinensische und für das israelische, in einer Katastrophe zu enden geeignet ist. Wir sind davon überzeugt, dass es in der Macht der israelischen Führung, der Entscheidungsträger sowie der Mehrheit der israelischen Zivilgesellschaft als Ganzes liegt, die unerträgliche Situation zu ändern. Dafür gibt es in Israel offenkundig keinerlei Interesse und/oder Wille. Ohne Druck von außen wird es daher nicht möglich sein, die Besatzung zu beenden. Um jedoch in der gegenwärtig festgefahrenen Situation einen Durchbruch zu erreichen, kommt es entscheidend darauf an, den gemeinsamen israelisch-palästinensischen Kampf gegen die Besatzung durch einen verstärkten Internationalen, gewaltlosen und gleichzeitig wirksamen Druck zu unterstützen.

Die Jahresplenartagung 2005 der EJJP verweist auf:

1. den "**Aufruf zu Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen gegen Israel, bis dieser internationales Recht und die Menschenrechte einhält**", der von Vertretern der palästinensischen Zivilgesellschaft im Mai 2005 ausgesendet wurde
2. die "**Programmatik des Kampfes**", die vom 5. Welt-Sozial-Forum in Porto Alegre im Januar 2005 angenommen wurde, in der die sozialen Bewegungen zur "**Mobilisierung von Aktionen zu Investitionsstopp und Boykott**" mit dem ausdrücklichen Ziel aufgerufen werden, "**Israel unter Druck zu setzen, die internationalen Beschlüsse zu respektieren und die Entscheidung umzusetzen, die vom Internationalen Gerichtshofes zum sofortigen Stopp, zum Abbau der illegalen Apartheidmauer sowie zur Beendigung der Besatzung verkündet wurde**"

-
3. die im Juli 2005 in Paris veröffentlichte Schlussresolution der Internationalen Konferenz der Vereinten Nationen zur Unterstützung des Friedens im Nahen Osten, in der für das nächste Jahr die Initiierung **"einer globalen Kampagne des Boykotts, des Investitionsstopps und der Sanktionen"** angekündigt wird, **"die auf Israel Druck ausüben soll, die Besetzung zu beenden und internationales Recht sowie alle relevanten Resolutionen der Vereinten Nationen einzuhalten"**
 4. die Petition, die auf dem Treffen des Europäischen Koordinationskomitees der NGOs zur Palästinafrage (European Coordination Committee for Palestine - ECCP) in Brüssel im Mai 2005 gebilligt wurde, in der alle Bürger der EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, **"unsere Minister für auswärtige Angelegenheiten, das Parlament der Europäischen Union und die Vereinten Nationen zu drängen, politische und ökonomische Maßnahmen – einschließlich Sanktionen – zu ergreifen, die darauf abzielen, Israel vom weiteren Bau der Mauer abzubringen und zu verpflichten, das Gutachten des IGHS zu respektieren"**
 5. die Tatsache, dass viele jüdische und israelische Organisationen punktuelle Boykott- und Sanktionsmaßnahmen gegen Israel befürworten. Darunter: Ta'ayush, Anarchists Against the Wall, Bat Shalom, ICAHD (Israeli Committee Against House Demolition, das israelische Komitee gegen Hauszerstörung); Jewish Voice for a Just Peace, JVP/USA (Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden, USA); Not in my Name (Nicht in Meinem Namen, USA); Matzpen (Israel/International); Matzpun (Israel/international); New Profile (eine Verweigerer-, feministische und antimilitaristische Organisation in Israel); Juden gegen die Besetzung (Jews Against the Occupation, New York); die Petition der südafrikanischen Ministers Ronnie Kasrils und des Gesetzesbevollmächtigten Max Ozinsky mit mehr als 500 Unterschriften südafrikanischer Juden; Jüdische Stimmen gegen die Besetzung (Jewish Voices Against the Occupation, USA); Jüdische Frauen für Gerechtigkeit in Israel und Palästina (Jewish Women for Justice in Israel and Palestine, USA); Gush Shalom (Israel); Juden für globale Gerechtigkeit (Jews for Global Justice, USA); Visionen von Frieden mit Gerechtigkeit (Visions of Peace With Justice, USA)

und erklärt:

1. Aufrufe zu Boykott- und in Investitionsstopp-Kampagnen gegen die israelische Besetzung sind keineswegs im Kern antisemitisch. Tatsächlich rufen wir selbst zu solchen Aktionen in der Überzeugung auf, dass das Ende der Besetzung langfristig im Interesse des israelischen Volkes ist.
2. Die Situationen in den verschiedenen Ländern Europas sind unterschiedlich. Deshalb sind die Ländergruppen des EJJP gehalten, selbst über die in ihrem Lande best geeigneten Formen von gezielten, gewaltlosen Aktion gegen die Besetzung zu befinden.
3. Punktuelle Boykottmaßnahmen vermögen durchaus, die Israelis zu ermutigen, sich in die Richtung der Anerkennung der Rechte der Palästinenser zu bewegen.

Die Föderation der Europäischen Juden für einen gerechten Frieden und viele der ihr angeschlossenen Gruppen werden eine koordinierte Kampagne für Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen gegen die Besetzung auf allen Ebenen unterstützen und auf lokaler, regionaler, nationaler, europaweiter und interkontinentaler Ebene selbst verfolgen.

Vorgeschlagene Aktionen

1. Wir sind davon überzeugt, dass eine Reihe ineinander verwobener Maßnahmen, die spezifisch auf die Maschinerie der Besetzung sowie auf die an diese gebundenen, im

militärisch-wissenschaftlich-technologisch-ökonomischen Sektor beschäftigten gesellschaftlichen Schichten in Israel ausgerichtet sind, die gegenwärtig angemessene Antwort ist. Wir werden gemeinsam mit anderen Organisationen arbeiten und konkrete Aktionen in unsere Arbeit einbeziehen. Vorzugsweise gegen:

- a. den Verkauf von Waffen und Rüstungskomponenten von und nach Israel
 - b. den Verkauf und die Ausstattung mit Ausrüstungen, die zur Nutzung in den besetzten Gebieten bestimmt sind.
 - c. das Training von israelischem Militärpersonal und alle Tests von Waffen auf EU-Gebiet;
 - d. das Training und die Beratung von Polizei und Militär aus Länder der EU in Israel.
2. Aktionen zur Durchsetzung des Stopps von Investitionen, die der Besatzung dienen, z. B. dem Bau der Mauer und der Siedlungen oder der Zerstörung von palästinensischen Häusern und Ländereien. Die Ermittlung geeigneter Aktionsziele soll in enger Zusammenarbeit mit lokalen palästinensischen und israelischen Gruppen erfolgen.
 3. Kampagnen, die Importeure sowie Groß- und Einzelhändler auffordern, Produkte aus Israel, die als Ganzes, zum Teil oder auch nur in einem einzigen Bestandteil außerhalb der israelischen Grenzen von 1967 produziert wurden, ausdrücklich als Produkte aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu kennzeichnen.
 4. Unterstützung von Boykottaktionen von Konsumenten durch Veröffentlichung der Liste all jener Produkte auf unseren Web-Seiten, die in Zusammenarbeit mit Gush Shalom, mit palästinensischen Organisationen sowie lokalen Solidaritätsgruppen als "Siedlungsprodukte" ausgewiesen werden konnten. Zusätzlich sollen all jene Produkte aus Israel mit "potentiell Siedlungsprodukt" markiert und ebenfalls in die Liste aufgenommen werden, sofern die Bereitstellung von Informationen zu ihrer genauen Herkunft von Groß- und Einzelhändlern verweigert wird.
 5. Verbindungen mit anderen Gruppen, zum Zwecke der Zusammenführung und Aktualisierung von Informationen und insbesondere zur Abstimmung der Kampagne für Investitionsstopp und Konsumentenboykott, um einer Zersplitterung der vielen politischen Solidaritätskampagnen mit dem palästinensischen Volk entgegenzuwirken.

Es ist an der Zeit, unsere Kritik und unseren Widerstand gegen die israelischen Regierungen und ihre Politik in wirksame gewaltlose Maßnahmen zu überführen. Auch wenn die Aktionen zunächst größtenteils symbolischer Natur sein werden, sind sie darauf ausgerichtet, Bürger und Bürgerinnen in Europa zu aktivieren und so zur Herstellung einer Basis beizutragen, die unsere eigenen Regierungen unter Druck zu setzen vermag. Vorrangig ist gleich zu Beginn das Ziel, sämtliche Privilegien, die Israel im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU, etwa im Bereich der Handels- und Wissenschaftskooperationen, zugestanden worden sind, solange auszusetzen, bis Israel allen Verpflichtungen zu Respektierung der Menschenrechte in der Weise nachkommt, wie sie im Abkommen vorgesehen ist.

London, 11. September 2005